

Zürich und Glattfelden, 5. Oktober 1998

KR-Nr. 367/1998

POSTULAT von Peter Förtsch (Grüne, Zürich) und Susanne Rhis-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Schutz der Bevölkerung vor aggressiven Anwerbemethoden durch Sekten oder sektenähnlichen Verbindungen

Wir laden den Regierungsrat ein, ein Konzept auszuarbeiten, welches zum Ziel hat, die Bevölkerung vor den undurchsichtigen Methoden von Sekten und sektenähnlichen Vereinigungen und Organisationen zu warnen und zu schützen.

Peter Förtsch
Susanne Rhis-Lanz

Begründung:

An keinem anderen Ort Europas gibt es eine vergleichbar hohe Dichte von Vereinigungen und Organisationen die mit Heilsversprechungen, Intelligenztests, obskuren Kulturen usw. operieren. Solche Organisationen benötigen für sich und ihre Spitzenkräfte erkleckliche finanzielle Mittel. Das führt zu extremen Anwerbemethoden. Beispielsweise werden Arbeitslose mit Stellenversprechungen geködert. Die Arbeitslosen werden überredet teure Kurse zu belegen, damit eine Arbeit innerhalb der Organisation vermittelt werden kann. Real kann ein solches Opfer nicht mehr aus eigener Kraft aus der Organisation aussteigen, weil sein Verdienst in dieser Organisation zu klein ist. Andere Organisationen locken Jugendliche von der Strasse in Ihre Räumlichkeiten und setzen dort diese jungen Leute einem ausgeklügelten Druck aus um sie für die eigene Organisation zu gewinnen. Dabei wird auch vor Einschüchterung nicht zurückgeschreckt. Die Kirchen, staatlich unterstützte und andere Hilfsorganisationen versuchen die Schäden, die durch Sekten verursacht werden zu verkleinern, indem Aufklärung, psychologische Beratung und Betreuung eingesetzt werden. Solange aber die Sektenorganisationen ungehindert neue Mitglieder mit zweifelhaften Methoden anwerben können, wird diese wertvolle Arbeit zu einem grossen Teil zunichte gemacht.